

weisen der Menschheit gegen die Vergewaltigung auf. Von der Regierung erwarten wir die schärfsten Maßnahmen. (Beif. Beifall.)

Reichsminister des Innern Dr. Brücker: Wenn es etwas gibt, das über die Spitze der Parteien hinaus den notwendigen Zusammenhalt aller zu fördern geeignet ist, dann ist es der Will, auf die schweren Kämpfe unserer Brüder an der Grenze, wie sie aus der Friedensverhandlung aufsteigen. Alle diese Bestimmungen können wir einseitig mit dem Kopf, niemals aber mit dem Herzen anerkennen. In den freien Gassen und Wohnhöfen ist die Lage äußerst ernst. Die Bewegung greift auch auf die benachbarten Gebiete über. Beide Kreise sind durch und durch wirtschaftlich aufeinander verbunden. Clemenceau erklärt, die Bestimmung werde unter peinlicher Aufsicht stehen auf die Freiheit der Einzelnen erfolgen. Die deutsche Regierung hat diesen Punkt erhaben. Wir betrachten diese Bestimmung des Vertrages als rechtensmäßig und sind bereit, diese Frage einem Schiedsgericht zu unterwerfen. Ich schreibe mit der Versicherung, daß die Regierung alles getan hat und alles tun wird, um eine gerechte Abklärung herbeizuführen und um die Grenzbevölkerung, wie sie geplant wird, hinanzuführen. Der Völkerrund wird nicht umhin können, die Kreise dahin zu weisen, welche sie gebären, an Deutschland. (Beifall.)

Präsident Brücker: Ich stelle fest, daß das Haus einmütig hinter die Begründung und der Beamtung der Interpellation steht. (Zuruf der Unabhängigen: Hinter der Beamtung nicht!) Aber doch der größte Teil. Ich weiß nicht, ob es nötig war, dies zum Ausdruck zu bringen. Ich spreche den Brüdern in der Weimarer unsere warmste Sympathie aus. (Beifall.)

Es folgt die erste Beratung eines Gesetzeswunsches über die Umfriedung der Gebäude des Reichstages und des Landtages.

Abg. Köhnen (H. S.): Meine Partei verweist dieses Gesetz.

Reichstagsminister Blund tritt für das Gesetz ein.

Abg. Krüger (S.): Das Parlament muß geschützt werden gegen die Gewalttätigkeit der Masse.

Das Gesetz wird auch in der zweiten Lesung erledigt.

Es folgt die zweite Beratung eines Gesetzeswunsches über die Verlängerung von Patenten und Gebrauchsmustern. Das Gesetz wird ohne erhebliche Debatte angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzeswunsches über die Zulassung von Fernsprechanlagen in Verbindung mit dem Gesetz über die Postgebühren und betr. das bayerische und württembergische Postgesetz.

Reichsminister des Innern: Die Verhältnisse haben sich so geändert und so ungleich entwickelt, daß die letzte Erhöhung der Gebühren nicht ausreicht. Das Defizit ist auf 1340 Millionen Mark gewachsen. Für 1920 ist ein Fehlbetrag von 800 Millionen veranschlagt. Ich erwarte von der Arbeitsfähigkeit unserer Völker immer noch eine Besserung der Verhältnisse und eine Steigerung der Einnahmen, doch haben die Forderungen der Arbeiter ihre Wirkung auf die Reichspostverwaltung ausgeübt. Werden diese Forderungen bewilligt, so wächst das Defizit auf 1000 Millionen Mark. Sparsamkeit und Sozialpolitik müssen sich mandieren. Neue Einnahmequellen sollen geschaffen werden.

Das Gesetz wird an den Haushaltsausschuß verwiesen mit Ausnahme derjenigen über das bayerische und württembergische Postgesetz, das an den 26. Ausschuss geht.

Mittwoch 1 Uhr: Interpellation betr. den Durchgangsverkehr nach Ostpreußen und anderes.

Brennliche Landesversammlung

In Berlin, 20. April. Präsident Seiner eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß die obersteinsten Angelegenheiten von dem internationalen Ausschuss verhindert wurden, an den Verhandlungen teilzunehmen. (Hört, hört!) Wegen dieser Verhinderung, die dem Friedensvertrag widerspricht, mußte Verhinderung eingeleitet werden. Die Regierung muß gegen dieses allem Recht boshafte Verhalten einschreiten. (Beifall.) In Eupen, Malmedy und Montauban wurden die Bewohner von den belgischen Behörden vertrieben, was ihnen nach dem Friedensvertrag zustehende Rechte ausüben, durch ihre Willensumgebung ihre Zugehörigkeit zum deutschen Reich ganz oder teilweise zu beenden. Aus diesem Grund ist ein Protestschreiben abgegeben. Die Landesversammlung spricht der Bevölkerung ihre Sympathie aus. Was deutsch ist, muß deutsch bleiben. (Beifall.) Zur Tagesordnung stehen Anfragen. In ihrer Beantwortung erklärt die Regierung u. a., daß die Mittelstandsanforderungen für April im Maßstab eingeholt werden und daß eine vermehrte Kostenbelastung der Rückempfänger in Aussicht steht. Auf eine Anfrage betr. die ungeheuren Quantitätsverluste der belgischen Gebiete wird erklärt, daß die Regierung bemüht ist, eine Wiedergutmachung durchzuführen. — Der Staatsvertrag zwischen Preußen und Dänemark über den Verkauf des Fürstentums Birkenfeld an den Dänemarkgebietsbezirk Saarbrücken und den Oberlandesgerichtsbezirk Köln wird endgültig angenommen. — Der Entwurf der Umwandlung des Annapolisbundes in ein Erbprinzipat wird in zweiter und dritter Lesung angenommen. — Nachts, Sitzung Mittwoch 12 Uhr. Gemeinde-Regierungsordnung. Vortrag über den Übergang der Staatseisenbahnen an das Reich.

Die Politik des Zentrums.

In Berlin tagte unter dem Vorsitz des Abgeordneten Trimborn der Reichsausschuß der Zentrumspartei. Im Mittelpunkt der Verhandlungen, die unter dem Zeichen der kommenden Wahlen standen, bewegte sich, wie die „Germania“ mitteilt, die Besprechung der innerpolitischen und parteipolitischen Erneuerung der Partei. Die Koali-

sionspolitik sei im vaterländischen Interesse notwendig gewesen und habe sich für das Reich als nützlich erwiesen. In einer Entschließung wurde darüber die folgende Auffassung festgelegt: „Wohl und Vaterland zu retten, ist und bleibt in den Wirren der Gegenwart eine oberste Pflicht einer deutschen Volkspartei. Dieses eminent vaterländische Pflichtgebot fordert von der Fraktion des Zentrums als einer Minderheitspartei, mit anderen Parteien, so weit sich ein Boden für die gemeinsame praktische Arbeit finden läßt, zusammenzuarbeiten. Wer ein solches Zusammenwirken beabsichtigt, der muß sich ein Verstehen mit dem Volk und Vaterland, die des Aufbaues bedürftig. Entsprechend den Grundgedanken des Zentrums vertritt der Reichsausschuß darauf, daß die Zentrumsfraktion der Nationalversammlung treu ihrer bisherigen Haltung unter keinen Umständen eine Regierungsverantwortung von unüberwindlicher Seite duldet oder zweierlei Maß in der Anwendung der Gerechtigkeit anerkennen wird. Von dieser Staatsnotwendigkeit darf gegenüber dem Hochverrat nicht abgegangen werden, ob er von links oder rechts kommt.“ — In eingehender Aussprache beschäftigte sich der Reichsausschuß mit der Rheinlandsfrage und brachte in einer Entschließung den Standpunkt des Zentrums gegenüber den Bestrebungen der Rheinischen Volkspartei zum Ausdruck. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage der Rheinländer wurde u. a. beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen, den beim Reichsausschuß in Koblenz bestehenden parlamentarischen Beirat zu einer wirtschaftlichen Beratung der in Betracht kommenden Berufsstände (Arbeiterchaft, Handel, Handwerk, Industrie, Landwirtschaft) des besetzten rheinischen Gebietes auszubauen.

Kleine Mitteilungen.

Regensburg. In der oberpfälzischen Kreisversammlung der Bayerischen Volkspartei verlangte der bekannte Zentrumsführer Dr. Heilm die Einführung des zehnstündigen Arbeitstages und des Streikverbots durch die Regierung. Nur so könne die wirtschaftliche Lage Deutschlands gebessert werden, und es würde dadurch eine erhebliche Verringerung der Verluste in kürzester Zeit zu erwarten sein.

Der künftige Staat Thüringen wird 1.584.324 Einwohner zählen.

Rom. Um die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Italien und Deutschland zu erleichtern, hat die italienische Regierung den Palazzo Veneri für 9 Millionen Lire käuflich erworben und ihn der deutschen Regierung als Sitz der Botschaft zur Verfügung gestellt.

Dr. Marielle. Clemenceau ist hier angekommen.

Aus Stadt, Kreis u. Umgebung.

Hochheimer Lokal-Nachrichten.

Sport und Spiel.

Hochheim. Am vorvergangenen Sonntag trafen sich die beiden ersten Mannschaften des H.-H. Bodens und Hochheimer Sportvereins zu dem letzten Herbstspiel. Trotz des schlechten Wetters wurde das Spiel ausgetragen und Hochheim machte sich mit dem Resultat 3:0 zu Gunsten Bodens einen Namen. — Am letzten Sonntag fand am dem Hohen Sportplatz ein Gesellschaftsspiel zwischen der 1. Mannschaft H. S. V. und der gleichen von Germania GutsMuths statt, das mit 5:0 zu Gunsten Hochheims verlief. Das letzte Herbstspiel gegen Korbiden wurde nicht ausgetragen.

Sommerfahrplan. Der Entwurf des Sommerfahrplans wird am 19. ds. Mo. zum Verhandeln kommen; er kann auf den Bahnhöfen beim Bahnhofstand und bei den Handelskammern eingesehen werden. Anträge wegen etwaigen Änderungen des Entwurfs haben nur bei umgehender Einreichung Aussicht auf Berücksichtigung. Anträge auf Zugveränderungen sind aussichtslos.

Die Kriegsabgabe vom Vermögen zu wachsen. Es wird darauf hingewiesen, daß die Kriegsabgabe vom Vermögen zu wachsen in der vorausbezahlten werden kann und alsdann den Abgabepflichtigen sechs vom Hundert Zwischenginsen für die Zeit vom Tage der Zahlung bis zum Ablauf der Zahlungsfrist angerechnet und an dem Abgabebetrag in Abzug gebracht werden, so daß nur eine um den Betrag der Zwischenginsen verminderte Abgabe in bar zu zahlen ist. Die Zahlungsfristen sind in der Weise festgelegt, daß die Kriegsabgabe zur Hälfte binnen drei Monaten, zu einem Viertel binnen neun Monaten nach Zustellung des Kriegsabgabebescheides zu entrichten ist.

Turnerisches. Das turnerische Leben ist jetzt allorts wieder in starkem Aufschwung begriffen. Der bevorstehende Tag ist auf dem Turnplatz ein sehr dankbares Feld für gesunde Betätigung in ihren freien Stunden geboten, die stetig mahngewonnen werden sollte. — Das für den 25. April in Frankfurt angelegte Geräte-Kunstturnen, das eine glänzende Veranstaltung sein wird, mußte verschoben werden, da das dafür in Aussicht genommene Hippodrom von der französischen Besatzung beansprucht wurde; aus dem gleichen Grunde mußte der Feldbergturntag verlegt werden. — In Döggheim findet am 2. Mai das erste diesjährige Zusammenkommen der Frauenabteilungen des Bundes Süd-Rhein statt, wobei sämtliche Turnerinnen des Bundes teilnehmen werden. — Die Deutsche Turnerschaft zählt wieder weit über eine Million Vereinsangehörige und ist damit nach wie vor weitaus die größte Korporation auf dem Gebiete der Leibesübungen.

Außerordentliche Sitzung der Silbermünzen. Im wesentlichen, um die Silbermünzen zu fördern und die Handelsbestände in Stadt und Land den Zwecken der Devisen- und Reservengewinnung und damit der Lebensmittel- und Rohstoffzufuhr dienlich zu machen, soll jetzt, wie schon kurz mitgeteilt, die Außerordentliche Sitzung der letzten deutschen Silbermünzen erfolgen. Hinsichtlich der Zweimarkstücke geschah das schon vor Jahren. Jetzt wird eine Veranordnung des Reichsfinanzministeriums, die bereits die Zustimmung des Reichsrates und des von der Nationalversammlung gewählten Ausschusses nach halbamtlicher Ankündigung gefunden habe, bestimmen, daß die Silbermünzen, Einhalb-, Ein-, Drei- und Fünfmärkstücke, so wie die in Form von Denkmünzen geprägten Zweimarkstücke einzuziehen sind. Sie gelten nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel. Bis 1. Januar 1921 werden die Münzen bei den Reichs- und Landesbanken zu ihrem gesetzlichen Werte sowohl in Zahlung genommen als auch gegen Reichsbanknoten, Reichsschatzscheine und Reichsbankguthaben umgetauscht. Die Verpflichtung zu Annahme und Umtausch (§ 2) findet auf durchlöcherige und andere durch den gewöhnlichen Umlauf im Verkehr verringerte sowie auf verfallene Münzstücke keine Anwendung. Die Ankündigung fügt ferner hinzu, daß der Verkauf von Silbermünzen zu dem bisher festgelegten Preise durch die dazu bestimmten Stellen vorläufig bestehen bleibt.

Gegen Errichtung einer Fachschule für Laborantinnen. Der Bezirksverein deutscher Chemiker hat zu der beabsichtigten Errichtung einer Fachschule für Laborantinnen in Frankfurt eine Entschließung angenommen, in der er dringend von der Errichtung abräth. Die chemischen Betriebe in Frankfurt und Umgebung seien jetzt schon mit wissenschaftlichen Arbeitssachen mehr als genügend versehen, und wenn erst die zur Zeit auf den Hochschulen in der Ausbildung befindliche große Menge junger Chemiker ihre Studien abgeschlossen habe, sei mit einer großen Überfüllung an wissenschaftlichen Hilfskräften zu rechnen. Es wäre unverantwortlich, wenn die Stadt Frankfurt durch Errichtung einer Fachschule für Laborantinnen einen besonderen Anreiz dafür schaffe, daß sich junge Mädchen dem Beruf der Laborantinnen zuwenden, in dem sie schwer oder überhaupt kein Unterkommen finden würden.

Die Eidesformel gilt noch und muß geleistet werden. Vor dem höchsten Schöffengericht beriefen sich zwei Zeugen darauf, daß sie religionslos seien und wollten demgemäß von der Nachsprache der üblichen Eidesformel entbunden sein. Das Gericht entschied, daß sowohl im Strafprozeßverfahren als auch im Zivilprozeß die Eidesleistung nach wie vor in der vorgeschriebenen Weise zu erfolgen hat. Der Eid ist ein Mittel zur Erzielung der wahrheitsgemäßen Aussage. Solange nicht die in Frage kommenden Gesetze abgeändert sind, muß die Eidesleistung in der vorgeschriebenen Weise erfolgen. Wer sich weigert, den Eid zu leisten, macht sich strafbar. Die beiden Zeugen leisteten nach dieser Rechtsbelehrung den Eid in der üblichen Weise.

ap. Postverbindung Hamburg. Rem. Post mit amerikanischen Frachtdampfern. Mit dem ungefähren wöchentlichen von Hamburg nach Rem. Post abgehenden Frachtdampfern der amerikanischen Fern-Dampfschiffahrts-Gesellschaft können fortan gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen jeder Art nach den Vereinigten Staaten von Amerika und weiterhin befördert werden. Die nächsten Abfahrten fallen etwa am 21., 28. April usw. stattfinden. Die Sendungen müssen den in die Augen fallenden Vermerk über Hamburg mit „Rem. Dampfer“ tragen.

ap. Im Postverkehr zwischen dem unbesetzten Deutschland und dem deutschen Saargebiet sind die nachbezeichneten weiteren Erleichterungen mit sofortiger Wirkung eingeleitet: Das zulässige Höchstgewicht für Pakete ist von 5 Kg. auf 20 Kg. erhöht worden. Den Paketen aus Deutschland nach dem Saargebiet braucht eine Zollhalterklärung in deutscher Sprache nicht mehr beigelegt zu werden. Dagegen ist die genaueste Ausfüllung der Zollhalterklärung in französischer Sprache erforderlich. Die französische Zollverwaltung führt Klage darüber, daß die Inhaltsbezeichnung in der Zollhalterklärung oft zu wackeln übrig lasse. Angaben wie „Lebensmittel“ oder „Seife“ genügen nicht; die Lebensmittel müssen genau angegeben werden. Schriftliche Mitteilungen im Verkehr mit dem Saargebiet sind fortan nicht nur auf die Anwendung der deutschen, englischen, französischen, italienischen oder spanischen Sprache beschränkt, sondern können in allen Sprachen und Mundarten in beliebigen Schriftzeichen erfolgen.

Die neue Postgebührenordnung tritt nach einem Beschluß des Reichsrates und vorbehaltlich der Zustimmung der Nationalversammlung am 1. Mai in Kraft. Die neuen Bestimmungen über die Zeitungs- und die Telegraphen- und Fernsprechgeldgebührenordnung soll am 1. Juli in Kraft treten.

Die Steuererhebung des Reiches wird eine umfassende Umgestaltung der Kommunalabgabengesetze der einzelnen Länder nötig machen. Da hierzu jedoch erst Schritte gemacht werden können, wenn die Neuordnung des Steuerrechts im Reich feststeht, sind die Länder gezwungen, vorläufige Regelungen zu treffen. Den Anfang damit macht Preußen. Die Regierung hat der Landesversammlung einen Gesetzentwurf zur Abänderung einiger Vorschriften des Gemeindeabgabengesetzes unter-

breitet, der die Gemeinden wenigstens vor allzu großen Schädigungen auf finanziellem Gebiet bewahren soll. Im Anschluß an das Gesetz vom 4. Juni wird den Gemeinden das Recht eingeräumt, die jetzige Einkommensgrenze von 6000 Mark, von der ab sie die Taxifüsse erhöhen dürfen, nach eigenem Ermessen heraufzurücken und die Erhöhung selbst dem Einkommen entsprechend abzustufen. Weiter wird den Gemeinden das Recht gegeben, Steuerpflichtige, die vor oder nach Inkrafttreten des Gesetzes vom 4. Juni 1919 zu den bis dahin bestehenden Tariffüssen veranlagt sind, für das Steuerjahr 1919 oder einen Teil dieses Steuerjahres zur Nachzahlung heranzuziehen. Die Nachzahlung kann auch nach Ablauf des Steuerjahres vorgenommen werden. Erlangt der Entwurf Gesetzeskraft, so haben sich die Steuerjahre darauf gestützt zu machen, daß ihnen eines Tages noch nachträglich Steuern für eine zurückliegende Zeit abverlangt werden, ein ganz ungewöhnliches Verfahren, das sich nur durch die finanzielle Notlage der Gemeinden rechtfertigen läßt.

Dieblich, den 21. April 1920.

Ein schöner und erfolgreicher agrikultueller Versuch ist hier in Dieblich im vorigen Jahre auf der Wollshöhe durch den Gärtner Bodtsohn angestellt worden. Er hatte eine gute leicht gebildeten Korbensack mit Kartoffeln befüllt und dabei, trotz des wenig günstigen Sommers, 1 Zentner schöne Kartoffeln erzielt. Für eine gute Land immerhin ein gutes Resultat. Der Gedanke, statt der Saatkartoffeln die Schalen — für jedes Loch eine Hand voll Schalen — zu nehmen, soll aus Frankreich stammen, wo die Bauern auf diese Idee verfielen, als während des Krieges bei großer Kartoffelnot in dem von unseren Truppen okkupierten Gebiet die sämtlichen Kartoffeln verzehrt waren, so daß die Saatkartoffeln ausfielen. Nach Mitteilungen von anderer Seite haben schon unsere Vorfahren vor hundert Jahren in der damaligen großen Not aus Kartoffelschalen Kartoffeln gezogen. Man sieht: die Not ist nicht selten die Mutter der Erfindungen.

Wiesbaden. Neuliedung „Blatte“. Im Vordergrund steht auf der Blatte eine Veranordnung, daß die bei der Erzeugung einer Blatte (Chausseur) (Blatte und Neulied) beschäftigt. Die Frage der neuen Stützungsangelegenheit wird, als die „Bl. Blatte“ mitteilt, von der Gemeinde Doheln aus betrieben, wofür ein großer Wohnungsmangel besteht. An der Sitzung nahmen teil: Vertreter der Regierung, der Stadt Wiesbaden, Dr. Heilm, Engenbach und Reubold, die Vertreter der Kreise Untermain und Landkreis Wiesbaden, Vertreter der Firma Seel u. Co. als Eigentümer der Blatte usw. Nach langen Verhandlungen kam es zu folgendem Beschlusse: An der Mutter Chausseur wird vorläufig eine Stützungs- für 20 Familien geschaffen. Jede Stützungs- umfaßt 10 Morgen Land. Das Gelände (sogenannte Blatte) wird von der Firma Seel käuflich an die Gemeinde Doheln zum Preise von 300 Mark pro Morgen abgegeben, welche das Gelände in Erbpacht weitergibt. — Auch in der Gemeinde Engenbach und Reubold werden einige hundert Morgen Gelände käuflich abgetreten, behufs Vergrößerung der Erweiterung der landwirtschaftlichen Betriebe ihrer Gemeindeglieder oder auch zur Anlage von Weiden.

Wiesbaden. Die Deutsche Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungsbeiräte. Ferienheime für Handel und Industrie (Sitz Wiesbaden) berichtet über ihren Bericht über das Geschäftsjahr 1919. Sie hat danach 9 Heime mit 910 Gastbetten in Betrieb gehabt und in 100.848 Verpflegungstagen 7352 Gästen Aufnahme gewährt. Diese Zahlen hätten bedeutend größer sein können, wenn nicht die politischen Unruhen und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten die volle Ausnutzung der Heime behindert hätten. In dem mecklenburgischen Badeort Heiligenhafen hat die Gesellschaft ein neues Heim eingerichtet. Eine besonders wertvolle Erwerbung hat sie durch den Ankauf des „Kur- und Badhauses „Königlicher Hof“ in Wiesbaden gemacht, das eine eigene Thermalquelle besitzt. Der Verpflegungstag war mit 5.25 Mark täglich außerordentlich niedrig. Das Vereinsvermögen betrug am Jahresanfang rund 14 Millionen Mark. In diesem Jahre beabsichtigt die Gesellschaft 14 Heime in Betrieb zu nehmen, die über ganz Deutschland verteilt sind. Trotz der im letzten Jahre geführten zahlreichen Kämpfe stellt die Gesellschaft auf eine Befundung unserer sozialen Zustände.

Nachnahme gegen die Automobilisten. Der Polizeidirektor stellt mit dem heutigen Tage ab werden an nicht-licenzierten Stellen der Stadt Verkehrsbehörden, bestehend aus einem deutschen Polizeibeamten und einem Gendarm der Besatzungstruppe, aufgestellt, um darüber zu wachen, daß Kraftwagen und Motorräder die Fahrgehwinkel nicht von 15 Kilometer nicht überschreiten. Die Höchstgeschwindigkeit wird auf 15 und 20 Kilometer festgelegt. An den Eingängen der Stadt werden Tafeln mit entsprechenden Aufschriften aufgestellt.

Während der Nacht zum 8. April haben Einbrecher aus einer hiesigen Schule eine Menge Bücher, zwei Spiegel sowie eine Anzahl Bleistifte und Stahlfedern.

Vom Rhein und Maingebiet. Die glänzende Frühjahrsmiterung hat Weinbesessenen heute wie nach dem einstimmigen Urteil der Vandalen in diesem Jahre bis jetzt zu verzeichnen. Seit Jahrzehnten haben die Saarländer, die Moselländer und die Rheingauer nicht so wenig und vielgepriesen wie in diesem Jahre. Die gesamte Region ist im reichlichen Maß gegen andere Jahre in ihrer Entwicklung voran. Das Korn hat sich freudig und hat sich infolge der außerordentlich guten Witterung bereits so frohlich entwickelt, daß alle Nachteile der verpörrischen, bei so großer Hitze und Wärme im Herbst vorgenommenen Weinlese überwunden sind. Das Korn ist vorzeitig. Die Sommerfrüchte haben und werden die herrliche Witterung mit ihren reichlichen Niederschlägen und der sommerlichen Wärme mit-

Ueber den Stand der Befriedigungsarbeiten las-
sen die Nachrichten durchaus sehr günstig. Die
Vorgeschädten, bis um Herbst also den angeschul-
den sehr im Aufwachen geblieben waren, sind
jetzt in vielen Gegenden schon als Arbeiter be-
nutzt worden, lobte die Landwirthschaft gegen das
Jahr einen Vorprung von 3 bis 4 Wochen dar-
über, was unterliegend ist überall die Züchtung
der schäpigen Thiergattungen genügt der
Uebung der meisten nicht, da der Viehstand zu
stark ist und die Fütterung mit Stroh, welches
schlecht zu Verwertung sehr erfordert wird, viel
gering bleibt. An Kunstdünger gibt es zwar
genug, dagegen Stickstoff höchstens bis zu
Wassers der düngenden Menge und Phosphor
schon nicht oder nur auf Umwegen zu un-
sern Theilen. — Auch über die Arbeitervertheilung
wird viel gellagt; insbesondere ist unbedeu-
tend die Rückgang der Erntearbeiten zu bemerken,
der Verluste der Ackerbau betriebl-
chen wird. — Ueber Mangel an Saatgut für die

Verpflichtungen. Das konnte Frankreich aber nicht annehmen, da ja jede Verpflichtung auf seine Kosten gelege. Am 1. März 1920 hat der Reichstag im letzten Bericht aus dem Reichstag, dass die Regierung die Entlastung Deutschlands wohl erst vollziehen werde, wenn man Deutschland mit der Entlastung des wirtschaftlichen Bestandes dränge. Rittig ist sogar der Ansicht, dass die Abfertigungsmassnahmen, die der Botschaft vorgelegt hat, auf die deutsche Regierung einen gewissen Einfluss ausüben werden. Willard hat Sonntag um eine Unterredung gebeten und hinter den Kulissen die Verhandlungen über die deutsche Frage fortgesetzt. Rittig wurde dem Obersten Rat wirtschaftliche Beziehungen vorlegen, die nach Ansicht von Berlin eine 2. Auflage des wirtschaftlichen Kapitels von London bedeuten. Der Sonderberichterstatter des „Welt-Vorläufer“ ist zwar nicht der Ansicht, dass über die deutsche Frage schon ein Einverständnis erzielt worden sei, jedoch glaubt er, dass die Alliierten eine freie in der Notwendigkeit, Deutschland zu unterstützen, und dass sogar die völlige Klärung der deutschen Lage für notwendig befunden werden sei. Allerdings gibt auch dieser Korrespondent zu, dass man man schon im Grunde einig sei, sich viele Meinungsverschiedenheiten zeigen, wenn man über die praktischen Bedingungen spreche.

de Paris, 20. April. Der Sonderberichterstatter des „Antragshefters“ meldet aus Paris: Die drei hätten sich dahin entschieden, den Friedensvertrag nur insoweit abzuändern, dass die sofort von Deutschland zu zahlende Summe feststehe. Die Arbeit sei schwierig. Die Frage werde Mittwoch vor dem Obersten Rat gebracht werden. Zahlreiche Sachverständige seien telegraphisch berufen worden. Diese Nachricht wird von keiner anderen französischen Zeitung gebracht. An anderer Stelle meldet der gleiche Berichterstatter: Ein Einverständnis über die Entlastung Deutschlands ist nicht erzielt worden. Rittig scheint sich mit London verbunden zu haben und die Belgier fürchten sich, sich die Engländer ganz auf den Hals zu legen. Das könne eine Schlappe der von Willard gegenüber Deutschland eingeleiteten energischen Politik bedeuten lassen.

Eine neue Methode zur Entlastung Deutschlands.

de Paris, 20. April. Der Kriegsminister Bessiere äußerte dem Vortag Berichterstatter der „Morning Post“, die Behauptung, Frankreich sei militärisch und imperialistisch, sei unannehmbar. Die letzten Ereignisse in Deutschland seien die beste Antwort auf diese Klagen. Die sofortige Entlastung Deutschlands und die allgemeine Abfertigung wären sicher die beste Methode, die Gefahr eines neuen Konfliktes zu beseitigen. Unglücklicherweise mache aber die Haltung Englands, das sich weigert, dem Völkervertrag beizutreten, den zweiten Weg fast unmöglich. Es geht indessen noch ein anderes Mittel, um Deutschland tatsächlich zu entlasten und es zu verhindern, einen neuen Krieg zu beginnen, das wäre, dass die Alliierten sich der Kohlenbergwerke des Ruhrgebietes bemächtigen und sie zum Nutzen Europas ausbeuten. Die Alliierten würden natürlich Deutschland gestatten, die Kohlen zu verkaufen, bis es für sein wirtschaftliches Leben brauche.

Aus den Berliner Morgenblättern.

de Berlin, 21. April. Zu der Meldung einer Berliner Korrespondenz, dass die Reichspräsidentenwahl gleichzeitig mit der Reichstagswahl erfolgen werde, erklärt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zuverlässig, dass diese Auffassung durchaus irrig sei. Voraus-

sichtlich werde das Reichstagswahlgesetz bestimmen, dass der Termin für die Reichspräsidentenwahl durch den Reichstag festgelegt wird. Wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Dresden gemeldet wird, hat Hölz bei seiner Verhaftung einen Depotschein zu vernichten gesucht, der auf 246 000 Mark lautete. Ferner hatte Hölz für eine halbe Million Mark Brillanten in den Kleibern eingetauscht. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet, haben Militär- und Zivilbehörden in Berlin die Verlegung des dortigen russischen Gesandtenlagers bei der Staatsregierung beantragt, weil die Russen sich bei den Kämpfen in März besonders hervorgetan und schließlich auch sonst zu einer Landplage sich ausgewachsen haben.

de Koblenz, 20. April. Wie die hiesige amerikanische Zeitung „Amaroc“ meldet, wurde dieser Tage ein amerikanischer Soldat des größten Hohns und Hülfsbedürfnisses ermordet aufgefunden. Anscheinend handelt es sich um einen Roumarch, da u. a. 42 000 Mark und 60 bis 70 Dollars sowie drei Diamanten bei der Leiche vermisst wurden.

Legie Nachrichten.

Am Paris, 21. April. Einem Korrespondenten des „Amaroc“ zufolge haben Lord George und Rittig Willard vorgeschlagen, von Deutschland die künftige Begleichung seiner finanziellen Verpflichtungen zu fordern und dafür einen Teil des ausgenutzten deutschen Gebietes an Deutschland zurückzugeben unter der Bedingung, dass die Beilegung ausverhandelt werden könnte. Lord George u. Rittig hätten sich am Morgen vor der Konferenz über folgende Programm verständigt: Von Deutschland wird die sofortige Entlastung verlangt, indem man ihm ein wirtschaftliches Blockade droht, darauf versucht man die politische Annäherung, die einer Revision des Vertrages gleichkommt und heile Deutschland unter Mitwirkung der Alliierten wieder in die Höhe. Die Frage der Wiedergutmachung wird später diskutiert werden. Der Berichterstatter glaubt nicht, dass Willard einen offiziellen Plan vorgelegt habe, der eine Veränderung der Befragung im Rheinland ins Auge fasst. Es scheint sich hier nur um irgend eine Eingebung zu handeln, auf deren Einzelheiten eingegangen wird, wenn man sich da in Willard es von Anfang an vermeiden habe, von einem Einverständnis unter den Alliierten in Dingen zu sprechen, die die Ausführung des Vertrages betreffen. Willard wurde auch eine solche auf keinen Fall Einverständnis einbringen, das eine Abweichung von den Vertragsbestimmungen nach sich ziehen könnte. Sicher würden auch die Alliierten Staatsleiter über die schweren Mißlichkeiten nachdenken, die ihre Initiative in sich birgt, und würden sich dazu entschließen, mit Frankreich im Einverständnis über die strenge Ausführung des Vertrages zu sprechen.

Gräfin Esperbergs Entlin.

Roman von Fr. Lehmann.

(2. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)
Rein, Herr von Steinhagen, das würde nie gewesen sein, dazu hatte ich Lust zu genau kennen gelernt.
Eine kurze Zeit gab es ja, in der ich allerdings glaubte, daß er und ich — Er war mir sehr lieb, und ich hoffte von ihm, daß er mich aus der Ab-

hängigkeit von Graham zu befreien würde, doch ich hatte mich in ihm getäuscht und das Vertrauen zu ihm verloren. Ich gab ihm kein Wort zurück.
Und sein Besuch an dem Tage — — — Quä hatte drückende Verbindlichkeiten und die unerwartete Erbschaft legte mir wohl die Verpflichtung auf, ihm zu helfen.

Sie sprach so einfach, so klar — jedes Wort mußte er ihr ja glauben.
Wahrscheinlich ein Tor er gemeint war, auf dem bloßen Schein hin zu urteilen, sich dadurch sein Glück zu verschaffen! Wenn er nun sprach: Rein, jetzt konnte er es nicht, sein Stolz lehnte sich dagegen auf, um die reiche Erbin zu freien, die ihm in so feiner Weise ein solch großherziges Geschenk — ja, das war das rechte Wort, Geschenk — machen wollte!

Er nahm seine ganze Selbstbeherrschung zusammen, das Wüßte, das so unendlich liebreizend, während in seiner schwarzen Kleidung auslag, nicht an seine Brust zu reihen.

Ich freute mich, Komtesse, daß wir uns noch einmal gesehen haben! sagte er. Diese Aussprache hat mich sehr bewegt, was mich sehr gequält hat.

Und ich danke Ihnen tausendmal dafür, daß Sie mein Steinhagen erworben haben; jetzt weiß ich es in den besten Händen und kann beruhigt geben. Auf die Reute können Sie sich verlassen. Sie sind alle ergrabt, tüchtig und ehrlich. Aber was Sie mir dorthin so großzügig anbieten, Steinhagen als Pächter zu übernehmen, das kann ich nie.

Da füllten sich ihre Augen mit Tränen.
Warum nicht? Sie können es mir doch am besten erhalten, während ich noch bei Graham sein muß. Ich kann Sie jetzt nicht allein lassen.

Begreifen Sie das nicht, Komtesse? Ich kann Ihnen nicht verpflichtet sein!

So früh? Schmerzhaft sah sie ihn an. Dann habe ich auch keine Freude mehr daran, sagte sie. Ich danke Ihnen tausendmal für Ihre Überflüssigkeit. Ihre Stimme heulte, welche Weir, welche Demütigung für sie! Aufdrängen wollte sie sich nicht länger. Leben Sie wohl, Herr von Steinhagen.

Er sah ihre kleine feine Hand mit beiden Händen und neigte sich fast ehrfurchtsvoll darüber. Was sie seine Lippen darauf kühlte, durchslog ein heftiges Zittern ihre Gestalt. Er sah es, und sehr schämte ihm das Blut nach dem Herzen. Eine süße Überlegung, seine Bedenken wichen — er hielt ihre Hand ganz fest und blühte tief in ihre tränenkühnenden Augen.
(Schluß folgt.)

Nach den Bestimmungen der R.V.D. sind die Quittungsarten, wie auch bisher, binnen 2 Jahren nach der Ausstellung zum Umtausch einzureichen. Die Nichtbeachtung dieser Vorschrift hat aber nicht mehr zur Folge, daß die verpächter umgetauschte Karte ihre Gültigkeit verliert. Es sind daher in allen Fällen die zum Umtausch gebrachten Karten auszureichen. Die bislang im Gebrauch befindlichen kleinen roten Gültigkeitsanträge (Form. B. 38) sind dadurch hinfällig geworden.
Ferner ist auch die Verordnung, daß auf Antrag die Gültigkeitsdauer einer Quittungsart verlängert werden konnte, vom 1. Januar 1912 ab aufgehoben. Ferner ist die Gültigkeitsverlängerung durch die in den Quittungsarten nicht mehr angebracht worden.
Wohl aber ist es noch, ebenso wie früher, sehr wichtig, daß die Ausgabestellen der Quittungsarten beim Aufrechnen umgetauschter Karten darauf achten,

da die Anwartschaft erhalten ist, d. h. ob bei Pflichtverpflichtungen (in gelben Karten, Form. A) binnen 2 Jahren nach dem Ausstellungstage mindestens 20 und bei Selbstverpflichtungen (in grauen Karten, Form. B) binnen gleicher Frist mindestens 40 Beitragsmarken verwendet worden sind. Ist die erforderliche Anzahl von Marken nicht in der Karte enthalten, so ist zu prüfen, ob es dem Verpflichteten etwa durch Beibringung rückständiger Mitgliedsbeiträge oder durch Leistung freiwilliger Beiträge — letzteres ist aber nur für höchstens 1 Jahr, vom Tage der Verwendung an rückwärts gerechnet, zulässig — möglich ist, die zur Geltendmachung der Anwartschaft notwendige Mindestzahl von Beiträgen zu erlangen. Bejahendenfalls ist dem Verpflichteten der Rat zu erteilen, das Fehlen noch vor dem Kartenumtausch nachzuholen.

Der übrigen empfiehlt es sich jedoch trotz des Wegfalls der formalen Ungültigkeitsverlängerung verpächter umgetauschter Karten die Verpflichteten von Zeit zu Zeit dringend darauf hinzuweisen, daß ihre Karten nicht länger als 2 Jahre laufen sollen und daß sie im Falle eines längeren Kartenumtausches den geltenden Nachweis haben, gemäß § 1420 R.V.D. im Streitfalle der späteren Rentenansprüche die Geltendmachung der Anwartschaft beweisen zu müssen, wodurch unter Umständen die ganze Rentenansprüche auf dem Spiele stehen kann.

Kassel, den 5. Januar 1912.
Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Hessen-Kassel,
Fritz von Kiedel, Landeshauptmann.

Vereins- und Familien-Druckereien
Büchdruckerei Guido Zeidler
Bleibich
Rathenaustraße 19 — Fernruf 41

Wegen Umstellung einer Chem. Fabrik in Bleibich a. Rh.
Rheingaustraße 40/46
sind zu verkaufen:
Transmissionssteile
Lager, Wellen, Riemen, Scheiben, Lederriemen.
Rohrleitungen für Gas
U- und Winkelisen.
Rund- u. Angelsen, Elektromotoren usw.
Verkaufsstelle:
Montag, Mittwoch und Freitag von 6-12 Uhr
nur Rheingaustr. 40-46 Bleibich a. Rh.

Unzufriedenheitsbekundungen der Stadt Hochheim a. M.

Bekundung.
Die Beiträge zur Heil- u. Landwirtsch. Bezugslosenversicherung für das Jahr 1919 sind auf die Aufforderung der Stadtstelle sofort zu zahlen. Die Heberolle nebst der angeforderten Ueberweisung ist vom 20. April bis 1. Mai 1920 im Zahlungsbüro zur Einsicht der Beteiligten offen gelegt. Im weiteren wird darauf hingewiesen, daß von dem Stadtschreiber Beitragsverpflichtungen zur Heil- u. Landwirtsch. Bezugslosenversicherung entgegenzunehmen werden.
Hochheim a. M., den 17. April 1920.
Der Magistrat. Arzbücher.

Bekundung.
Diejenigen Einwohner, die in den Monaten März und April d. J. Einquartierung durch französische Besatzungstruppen hatten, werden aufgefordert, innerhalb 8 Tagen die Quartiersliste oder eine schriftliche Annäherung auf dem Rathaus, Zimmer N. 6, abzugeben. In der schriftlichen Annäherung sind die Angaben genau nach Anzahl, Zeit und Ort (Offiziere, Adressanten, Unteroffiziere und Mannschaften), sowie über sonstige Raumlichkeiten (Büros, Küchen, Nachschubstellen) getrennt aufzuführen. Wegen ordnungsmäßiger Aufstellung der Auszahlungsliste können später als in der angegebenen Frist von 8 Tagen eingehende Anmeldungen nicht mehr berücksichtigt werden.
Hochheim a. M., den 19. April 1920.
Der Magistrat. Arzbücher.

Bekundung.

Bekundung.
Die Mitglieder der Kinder- und Kranken-

Weiter werden aber auch die Mitglieder der Kinder- und Kranken-
darauf aufmerksam gemacht, daß sie den Verbrauch von Milch auf das Allernotwendigste zu beschränken haben. Die Versorgung der Säuglinge und Kinder unter 6 Jahren muß unbedingt sichergestellt werden. Die Rechte sind strengstens angewiesen, nur bei heftigster Notwendigkeit Milch zu verordnen und müssen die Festlegung des jeweiligen Quantum der über die zur Verfügung stehende Milchmenge allein orientierten Lebensmittelstellen überlassen.
Die Gemeinde appelliert an die Einsicht der beteiligten Kreise und bittet, daß es nicht zu Zwangsmaßnahmen kommen muß.
Hochheim a. M., den 19. April 1920.
Der Magistrat. Arzbücher.

Bekundung.
Bekundung.
In den nächsten Tagen wird das Eintreten von Sozialisten erwartet. Alle diejenigen, die noch auf solche rekrutieren, werden ersucht, ihren Bedarf ohne Rücksicht auf bereits gemachte Bestellungen nochmals anzumelden. Die Meldungen werden am Donnerstag, den 22. d. M., vormittags 8 bis 12 Uhr im Rathaus, Zimmer N. 3 a parterre, entgegengenommen. Bei der Anmeldung ist die Lage und Größe der zu besetzenden Stellen anzugeben.
Hochheim a. M., den 19. April 1920.
Der Bürgermeister. Arzbücher.

Bekundung.
Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Beilegung von an der mit einem Schild bezeichneten Stelle überlassen werden darf, um Schutz nach der Beilegung zu verhängen. Zusammenfassungen werden strengstens verboten.
Hochheim a. M., den 19. April 1920.
Die Polizeiverwaltung. Arzbücher.

Bekundung.
Am Donnerstag, den 22. April d. J., wird gegen Abrechnung der Kohlenlieferungsbeiträge Nr. 12 bei den Händlern C. H. Kiefer, Emil Christ und Georg Wächter ein gemeinsamer Beirat abgehalten.
Hochheim a. M., den 20. April 1920.
Der Magistrat. Arzbücher.

H. H. B. 161.
In unter Handelsregister Nr. 16 ist heute unter der Firma „Hessia, Chemikalien, Erze und Metalle, H. H. B.“ mit dem Sitz in Hochheim a. M. eingetragen worden. Gegenstand des Unternehmens ist:
Herstellung und Vertrieb von Rohstoffen, Gang- und Halbfabrikaten der Chemikalien und Metallindustrie sowie verarbeiteter Gegenstände. Das Stammkapital beträgt 20 000 Mark. Geschäftsführer ist Kaufmann Georg Sauer jr. in Hochheim a. M.
Der Gesellschaftsvertrag ist am 6. April 1920 festgestellt. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur im Deutschen Reichsanzeiger.
Hochheim a. M., den 15. April 1920.
Das Amtsgericht.

Anzeigen.

Philippp Strahl
Ref.-Bak.-Reg. 115, 1. Batl., 4. Komp.
Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse.
Die folgenden Hinterbliebenen:
Käte Strahl, geb. Holmann.
Familie Jakob Holmann.
Familie Anton Holmann.
Familie Rudolf Schürz.
Hochheim a. M., Hochheim a. M., Nied a. M., Bleibich-Ort, April 1920.

Dankagung.
Für alle uns anlässlich unserer Silberhochzeit zugegangenen Glückwünsche sagen wir herzlichsten Dank
Franz Dienst und Frau
Margarete geb. Schmidt.
Hochheim a. M., den 10. April 1920.

Wiederholungs.
Für alle uns anlässlich unserer Silberhochzeit zugegangenen Glückwünsche sagen wir herzlichsten Dank
Franz Dienst und Frau
Margarete geb. Schmidt.
Hochheim a. M., den 10. April 1920.

Zirkus Herm. Althoff
Wiesbaden, am Hauptbahnhof
Morgen Freitag, 23. April, abds. 7.30 Uhr:
Alten- u. Komiker-Abend!
Samstag, 24. April, abds. 7.30 Uhr:
Elite-Sport-Abend.
Sonntag und Sonntag:
2 Große Vorstellungen 2
um 5 Uhr und 7.30 Uhr.
Sichern Sie sich rechtzeitig Eintrittskarten!
Verkaufsstelle: Hauptbahnhof, 6. Meierei, Rang-
gasse 20, Kassastube, 6. Meierei, (nur für
abends) und Zirkuskasse.

Zirkus 1000
österreichischer Sechsen
angekündigt, sind sofort abzugeben.
Bürgermeisterei Massenheim.

2 schwarze steife Herrnhüte
(30) zu verkaufen.
Kass. Kass. Expedition d. St.
Hochheim a. M.
Verloren
Dienstag morgen zwischen
Rathenau- und Hochheim
Ölkapsel
von Federrolle
Wiederholungs, aus Blei, 10
Hochheim, Hauptstraße 10
Mädchen
sind das Bären
gründlich erlernt
Bleibich,
Wiesbadener Straße 61.